

Protokoll

11. öffentliche Sitzung des Ausschusses Bauen, Regionale Entwicklung und Wirtschaft vom 22.02.2024, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 10. Ausschusssitzung vom 16.11.2023
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Vorstellung der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH, dem Transferzentrum Elbe-Weser (TZEW) und dem Wissens- und Technologietransfer (WTT)
4. Erhöhung des Stammkapitals der Innovationsagentur Nordostniedersachsen 2024/912
5. Ergebnisbericht des Projekts C2C-Modellregion, Referenten: Matthias Schneider 2024/928
TU Hamburg und Nicole Servatius Stabsstelle 80
6. Status-Bericht aus dem Elbe Valley und Vorstellung des Innovationsmanagers,
Referent Kai Pham
7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 7.1. Elbbrücke Darchau/Neu Darchau
- 7.2. Nachnutzung Erkundungsbergwerk Gorleben (mdl. Bericht)

Nicht öffentlicher Teil

8. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Anwesend:

KTA Beckmann, Uwe
KTA Dorendorf, Uwe stellv. Vorsitzender anwesend bis 17:58 Uhr
KTA Goebel, Dietmar Vertretung für KTA Heuer
KTA Herzog, Kurt
KTA Korth, Friedhelm Dietmar
KTA Mertins, Holger
KTA Siemke, Jörg Heinrich
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
KTA Drossel, Fabian
beratendes Mitglied Flügge, Thomas anwesend bis 18:00 Uhr
beratendes Mitglied Lettenbichler, Robert
beratendes Mitglied, Andreas
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Servatius, Nicole – Stabsstellenleiterin Regionale Entwicklungsprozesse
Schwarz, Jürgen - Fachdienstleitung Kreisplanung
Magiera, Anja - Protokoll, Fachdienst Kreisplanung
Pham, Kai - Stabsstelle Regionale Entwicklungsprozesse
Roux, Juliane - Stabsstelle Regionale Entwicklungsprozesse

Gäste:

Engelke-Denker, Arne - Transferzentrum Elbe-Weser
Klose, Elisabeth - Inno.Non GmbH
Schneider, Matthias - TU Hamburg

Es fehlen:

KTA Heuer, Johannes

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:13 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzender KTA Siemke eröffnet die Sitzung des Fachausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 10. Ausschusssitzung vom 16.11.2023

Das Protokoll der Sitzung vom 14.09.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 5 Enthaltung: 3

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es gibt keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern.

3. Vorstellung der Innovationsagentur Nordostniedersachsen INNO.NON GmbH, dem Transferzentrum Elbe-Weser (TZEW) und dem Wissens- und Technologietransfer (WTT)

EKR Schermuly erläutert einleitend die Aufgabenbereiche der Innovationsagentur Nordostniedersachsen.

Frau Klose von der INNO.NON GmbH stellt anhand der Präsentation in Anlage 1 des Protokolls die Tätigkeiten der INNO.NON vor.

KTA Herzog erkundigt sich was „die Erhöhung der Sichtbarkeit der Region“ konkret an Arbeitsaufgaben bedeute.

Frau Klose weist daraufhin, dass die Agentur erst im letzten Jahr gegründet wurde und sich noch im Aufbau befände. Ein erstes Projekt gemeinsam mit H2NON (High Performer) wurde bereits angestoßen. Hier wurde die Region jedoch bei der Vergabe von Fördermitteln nicht berücksichtigt, weil diese nicht bekannt war. Die Region soll in Ministerien und beim Bund bekannter gemacht werden und nicht mehr als „fly over“-Region wahrgenommen werden. Die Region solle Gesicht und Namen bekommen.

KTA Herzog möchte wissen wie ein „regionaler Innovationsfond“ funktioniere.

Frau Klose erläutert, dass dies ein langfristiges Projekt sei in dem bisher noch keine Aktivitäten stattgefunden hätten. Der Innovationsfonds sei vorgesehen für private Investoren und Unternehmen welche gemeinsam innovative Projekte oder Start-ups finanzieren.

KTA Herzog fragt was man unter dem Begriff „neue Materialien“ verstünde.

Frau Klose erklärt, dass man im Landkreis im Bereich Cradle-to-Cradle aktiv sei und man sich dort Kooperationen vorstellen könne.

KTA Korth erkundigt sich wie weit die Vernetzungsaktivitäten bereits fortgeschritten seien und ob schon Ergebnisse vorlägen.

Frau Klose erwidert, dass sie mit verschiedenen Netzwerken u.a. in Oldenburg sowie Kammern und Hochschulen in Kontakt stünden, den Erfolg aber nicht bemessen könne. Konkrete Ergebnisse hingen aber nicht nur vom TZEW ab, sondern auch von der Wirtschaftsförderung und dem Beirat des TZEWs. Hier würden Projekte ausgewählt, welche für alle Landkreise von Interesse seien.

KTA Dorendorf merkt an, dass sich das Netzwerk und die Projekte erst entwickeln müssten. Er sehe die Entwicklung zuversichtlich, da durch das TZEW ganz neue wirtschaftliche Bereiche angesprochen werden würden.

Frau Klose ergänzt, dass neue Projekte auch von Auftrag und Finanzierung der Landkreise abhingen.

KTA Mertins erkundigt sich wie die Formulierung „von Interesse für alle Landkreise“ konkret zu verstehen sei.

Frau Klose führt aus, dass alle Landkreise gemeinsam die Projekte auswählen und beschließen müssen.

Herrn Engelke-Denker stellt anhand der Präsentation in Anlage 2 des Protokolls die Tätigkeiten und Aufgabenbereiche des TZEWs und des WTT vor.

KTA Beckmann fragt, welche Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Dienste des TZEWs vorliegen müssten.

Herrn Engelke-Denker erwidert, dass außer einem KMU-Testat für Unternehmen, welches bei einem Steuerberater einzuholen sei, keine weiteren Voraussetzungen erfüllt werden müssten. Dies sei ein Novum in der neuen Förderperiode, da hier EU-Mittel eingebunden seien.

Kenntnis genommen

4. Erhöhung des Stammkapitals der Innovationsagentur Nordostniedersachsen	2024/912
--	----------

EKR Schermuly erläutert anhand der Vorlage die Erhöhung des Stammkapitals der Innovationsagentur Nordostniedersachsen. Die Verwaltung halte das Angebot im Zusammenhang mit dem Aufbau der Wirtschaftsförderung für sehr wichtig und bitte daher um Zustimmung.

KTA Hensel pflichtet dem bei, möchte aber wissen, warum ein so kleiner, finanzschwacher Landkreis die gleichen Stammkapitaleinlagen habe wie alle anderen. Im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage solle man dies gut überdenken.

EKR Schermuly entgegnet, dass man sonst Minderheitsgesellschafter wäre und damit nicht die gleichen Stimmrechte bekommen würde. Man übernehme auch nur 2,8% der Dachkosten (laufenden Kosten), müsste aber eben die 60.000€ einmalig in das Stammkapital investieren um die gleichen Rechte zu erhalten.

KTA Herzog gibt zu bedenken, dass man hier praktisch Förderbeiträge vorfinanziere. Die Situation könne sich in den nächsten Jahren auch anders darstellen und weitere Finanzierungen nötig werden, um die Finanzierungslücke schließen zu können.

EKR Schermuly erläutert, dass man daher mit einem Puffer gerechnet habe und das Stammkapital auf 660.000 € aufstocken wolle. So sei sichergestellt, dass man die Finanzierungslücke schließen könne. Die verauslagten Mittel würden durch die Fördermittel später wieder zurückfließen. Der Aufsichtsrat, welcher sich aus Vertretern der anderen Landkreise zusammensetze, würde diese Situation ebenfalls ganz genau im Blick haben.

Vorsitzender KTA Siemke verliest den Beschlussvorschlag.

- 1. Einer Aufstockung des Stammkapitals der INNO.NON GmbH um 660.000 € wird zugestimmt.**
- 2. Die Stammeinlage des Landkreises wird entsprechend des Beteiligungsanteils um 60.000 € erhöht.**
- 3. Hierfür werden im Haushalt 2024 entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt.**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 2

5. Ergebnisbericht des Projekts C2C-Modellregion, Referenten: Matthias Schneider TU Hamburg und Nicole Servatius Stabsstelle 80	2024/928
--	----------

Stabstellenleitung Servatius stellt kurz Herrn Schneider und das Projekt vor.

Herr Schneider von der TU Hamburg stellt anhand der Präsentation in Anlage 3 des Protokolls die Ergebnisse des Projektes C2C-Modellregion vor. Der erstellte Masterplan werde dem Landkreis im Nachgang zur Verfügung gestellt.

KTA Herzog legt dar, dass die im Projekt genannten Grundsätze und Maßnahmen nicht neu seien und er ähnliche Maßnahmen aus dem „Masterplan Klimaschutz“ in der Vergangenheit mehrfach angemahnt habe. Er verstehe zwar, dass diese Dinge wieder ins Spiel gebracht würden, sehe aber keine Chance für die konkrete Umsetzung. Er frage sich wie genau die Verstetigung der 13 Maßnahmen des Projektes geplant sei.

Herr Schneider erläutert, dass die Projekt-Bausteine C2C Labor und Pilotprojekte die Verstetigung des C2C Gedankens sicherstellen sollen. Das Labor solle einen Co-Working Space enthalten. Hier hätten bereits drei, in der Region neue Unternehmen, Interesse gezeigt. Die Betreiber des Labs, Remo Röntgen und Gunnar Harms (Connect Circular e.V.) würden in Dannenberg Beratungsleistungen anbieten. Zudem solle eine enge Anbindung an Universitäten erfolgen. Ein Austausch über Masterarbeiten oder Werksstudenten sei vorstellbar. Der Masterplan läge dem Landkreis in Gänze zur Kenntnisnahme und nicht als Beschluss vor. Man habe im Verlaufe des Projektes viele positive Erfahrungen gemacht.

Stabstellenleitung Servatius ergänzt, dass der vorgetragene Ergebnisbericht das Resultat eines umfassenden Forschungsprojektes sei. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien gebunden an Themen die würden auch bei der Neuaufstellung des Zukunftsentwicklungskonzeptes und der regionalen Entwicklungsstrategie eine Rolle spielen. Mit dem Lab werde ein dauerhafter Wissenstransfer von den Hochschulen in die Region ermöglicht und soll die neue Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem TZEW unterstützen. Dies sei ein starkes Ergebnis im Vergleich zu anderen Entwicklungsprojekten und strategisch gut nutzbar. Sie gibt auch zu bedenken, dass die Stabsstelle 80 kein eigenes Budget für solche Vorhaben habe und Förderprogramme nutze, um neue Potenziale aufdecken zu können.

Beratendes Mitglied Lettenbichler erkundigt sich nach dem konkreten Vorgehen in Bezug auf das Lab.

Stabstellenleitung Servatius erläutert, dass im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsprozesses ein Betreiber für das C2C Lab gesucht wurde. Hierfür gab es insgesamt 7 Bewerbungen, wovon 4 in der Bewerbungsrunde zugelassen wurden. Diese Bewerbungen wurden mit gleichen Kriterien bewertet. Ausgewählt wurde am Ende ein Verein mit einem Betreiberkonzept, welcher vertraglich verpflichtet sei das Lab zwei Jahre lang zu betreiben. Dieser werde Veranstaltungen zum Wissenstransfer wie z.B. Stammtische durchführen und sei für weitere Mitglieder offen.

Vorsitzender KTA Siemke merkt an, dass man als Region einen konkreten Mehrwert wünsche. Das Projekt sei unter den lokalen Unternehmern noch relativ unbekannt. Konkrete Angebote sollten der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Herr Schneider erwidert, dass bei den Veranstaltungen an denen sich der Verein der Öffentlichkeit präsentiert hat einige Unternehmer anwesend waren. Er regt an die nächste Veranstaltung „Lab-Eröffnung und Projektabschluss“ am 12.04 zur Information und zur Vernetzung zu nutzen.

Vorsitzender KTA Siemke regt an Einladungen und Informationen über das C2C Lab / Projekt stärker bei den Unternehmen zu streuen und deutlich zu machen was den Mehrwert der Veranstaltung darstellt.

KTA Beckmann pflichtet dem bei.

Beratendes Mitglied Lettenbichler ergänzt das der Begriff C2C noch zu abstrakt sei für wertschöpfende Unternehmen.

KTA Herzog spricht den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Punkt 13 im Masterplan) an und weist daraufhin, dass bei Anforderungen die über Recht und Gesetz hinausgehen ein politischer Konsens schwierig sei.

KTA Dorendorf weist daraufhin, dass vor allem die Kosten das Problem seien. Es müsse jedoch auch der praktische Nutzen des Projektes deutlich werden. Es gäbe auch die Möglichkeit C2C in bereits bestehende, größere Veranstaltungen der IHK und des IfU mit einzubeziehen.

Herr Schneider erläutert, dass in Deutschland bereits Gebäude nach C2C Standard gebaut werden. Auch die IHK habe man mit einbezogen.

EKR Schermuly weist daraufhin, dass mit der Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung Themen und Veranstaltungen kanalisiert an die Unternehmer weitergegeben werden könnten.

KTA Korth erkundigt sich warum das Co-Working Space in Hitzacker nicht das C2C Lab bekommen hätte.

Stabsstellenleitung Frau Servatius entgegnet, dass diese sich im öffentlichen Verfahren nicht beworben hätten.

Kenntnis genommen

6. Status-Bericht aus dem Elbe Valley und Vorstellung des Innovationsmanagers, Referent Kai Pham

Stabsstellenleitung Servatius stellt **Herrn Pham** als Innovationsmanager im Projekt Elbe-Valley kurz vor. **Herr Pham** präsentiert den Sachstand des Projektes Elbe-Valley anhand der Präsentation in Anlage 4 des Protokolls.

KTA Herzog bittet darum zu erläutern welche der sechs Teilprojekte in Lüchow-Dannenberg stattfinden sollen.

Herr Pham zählt die Teilprojekte auf und erläutert, dass Praxispartner aus den vier Teilregionen eingebunden werden. Um die Einbindung der Teilregionen sicherzustellen gäbe es jeweils eine halbe Stelle.

Stabsstellenleitung Servatius führt am Beispiel der Residenzprogramme aus, dass in Salderatzen im Projekt „Ein Ding der Möglichkeiten“ das Probewohnen angeboten werde. Da in der Region Wohnraum knapp sei könnte diese Herangehensweise die Fachkräfteakquise positiv beeinflussen. Es soll zunächst erprobt werden, welchen Effekt Angebote wie Probewohnen auf die Fachkräfteakquise habe. Die Fachkräfte könnten die Region auf Probe kennenzulernen. Dies sei zu vergleichen mit dem freiwilligen Jahr oder dem Woofing-Konzept.

Beratendes Mitglied Flügge wirft ein, dass dies in Sammatz vermutlich schon praktiziert werde und auch für Studierende auch attraktiv sei.

Herr Pham führt aus, dass im Rahmen der Projektplanung jeweils Bestandsanalysen durchgeführt würden, welche dazu führten, dass parallele Strukturen oder Doppellungen von Projekten vermieden werden.

KTA Hensel lobt die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen entlang der Elbe. Auch ihm fehle jedoch der konkrete Nutzen in Forschungs- und Erprobungsprojekten.

KTA Korth merkt an, dass Finanzierungsmöglichkeiten durch Investoren für neue Wohnprojekte dringend benötigt werden würden.

KTA Allgayer-Reetze erkundigt sich nach Terminen für eine Zwischenbegutachtung und den Förderbedingungen.

Herr Pham erläutert, dass die Zwischenbegutachtung am 30.09.2024 stattfinden würde. Die Förderkriterien befänden sich in den Folien. Die 7 Mio. würden als Anschluss an die aktuelle Förderphase vergeben. Die Förderquoten fielen je nach Antragssteller deutlich unterschiedlich aus (Universitäten ca. 100%, Unternehmen deutlich darunter).

KTA Korth verweist auf Hitzacker-Dorf als bereits fertiggestelltes Wohnraum Projekt.

KTA Tschentschler weist auf die Nahwärmenetze hin.

Vorsitzender KTA Siemke regt an sich zunächst mit den Ergebnissen der Alt-Projekte kritisch auseinander zu setzen, bevor neue Projekte ins Leben gerufen werden würden.

Kenntnis genommen

7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Vorsitzender KTA Siemke richtet eine Anfrage an die Verwaltung. Er erkundigt sich wer im Rahmen der Jugendhilfevereinbarung für den Bau von Kitas seitens des Landkreises verantwortlich wäre und ob diese Verantwortung ggf. beim Gebäudemanagement des Landkreises läge. Es fände sich aktuell kein Träger, der den Bau einer Kita durchführen könne.

EKR Schermuly führt aus, dass zu dieser Thematik im Jugendhilfeausschuss ausführlich Stellung

genommen wurde. Frau Hinze sei lediglich für die Kitabedarfsplanung zuständig.

Aktuell sei es notwendig, eine Kita in einem dreistufigen Verfahren zu planen. Zunächst müssten in einer ersten Ausschreibung Ingenieure und Architekten gefunden werden und eine Kostenermittlung usw. erstellt werden. In einem zweiten Verfahren würde dann eine Ausschreibung für die Baumaßnahmen stattfinden. Erst danach würde man eine Ausschreibung für einen geeigneten Betreiber auf den Weg bringen. Hierzu wären häufig auch Zweckvereinbarungen nötig, da auf fremden Grundstücken gebaut werde. Der Landkreis sei allerdings nur für die Finanzierung der Kitas zuständig, der Bau selbst läge in den Händen der Gemeinden und Samtgemeinden, in denen die Kitas entstünden. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg finanziere man lediglich die Gebäude und gebe diese dann in die Zuständigkeit der Samtgemeinden oder Betreiber. Das Gebäudemanagement ist nur für die kreiseigenen Liegenschaften zuständig. Bei der Stadt Uelzen ist es anders. sowohl Eigentümer als auch Betreiber. Damit sei das Gebäudemanagement auch das Gebäudemanagement der Stadt Uelzen und könne daher auch diese Aufgaben übernehmen.

Vorsitzender KTA Siemke mahnt, dass man dringend neue Kitas brauche. Dieses Thema sollte nicht untergehen.

KTA Herzog regt an, dass man basierend auf den Vorgaben der Kommunalverfassung den TOP Ablagerungen der Anhaft Erden öffentlich behandeln soll. Die inhaltlichen Punkte seien kein Kriterium für die nicht öffentliche Behandlung.

Vorsitzender KTA Siemke betont, dass dieser TOP aufgrund der Einschätzung der Verwaltung in der nicht-öffentlichen Sitzung behandelt werden solle.

KTA Herzog merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht darauf schließen lässt, dass es Punkte gäbe, welche eine nicht-öffentliche Behandlung rechtfertigen.

KBD Stellmann gibt zu bedenken, dass es schwierig sei, die Hintergründe der Situation in einer öffentlichen Sitzung zu diskutieren, da es sich um eine offene Rechtsangelegenheit in einem laufenden Verwaltungsverfahren handle. Damit die Sachlage anhand von konkreten Informationen in einem TOP behandelt werden könne, wurde hier die erstmalige Beratung in einer nicht-öffentlichen Sitzung gewählt. Es spräche voraussichtlich nichts dagegen, künftig das Thema öffentlich zu beraten.

Vorsitzender KTA Siemke erwidert, dass es wichtig sei, zunächst die relevanten Informationen nicht öffentlich zu hören und den Punkt in einer weiteren Sitzung öffentlich zu verhandeln.

KTA Dorendorf fragt nach dem Voranschreiten der Windplanung sowie der Terminplanung der Neuaufstellung des RROP.

FDL Schwarz erläutert, dass mehrere Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen bei FD 63 anhängig seien. Für den Windpark Bösel West läge die Genehmigung bereits vor. Andere Anträge sind noch in der Bearbeitung. Dazu müssten von den Antragstellern noch Unterlagen nachgeliefert werden. Der aktuelle Stand der Terminplanung für das RROP wurde allen Kreistagsabgeordneten per E-Mail vom 23.01.2024 bekanntgegeben. Man werde am 05. August das RROP im Fachausschuss vorstellen. Optional, gibt es eine zweite FA-Sitzung am 08. August. Am 19. August solle der RROP Entwurf im Kreistag behandelt werden, um die Freigabe für das Beteiligungsverfahren zu erhalten.

7.1. Elbbrücke Darchau/Neu Darchau

KBD Stellmann berichtet vom aktuellen Sachstand Elbbrücke Darchau/Neu Darchau mit Bezug auf den Zeitungsartikel in der EJZ. Sie fasst zusammen, dass die Planfeststellungsunterlagen des Landkreises Lüneburg noch nicht fertig seien, insbesondere Teile der FFH-Verträglichkeitsprüfung würden noch fehlen, die durch das Planungsbüro EGL erarbeitet werden. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg habe insbesondere zur kumulierenden Wirkung mit anderen Plänen Stellung genommen. Eine Präsentation seitens des Landkreises Lüneburg zu dem Sachstand der Planfeststellungsunterlagen werde dem Protokoll beigelegt. Hieraus sei ersichtlich welche Planungsunterlagen noch fehlten. Auch die FFH-Ausnahmeprüfung sei noch in Arbeit, da hier Erheblichkeitsschwellen in Bezug auf die Art Biber überschritten würden. Sobald die Unterlagen fertig seien würde der Landkreis Lüneburg in Abstimmung mit der Landrätin zu einer Sondersitzung mit dem entsprechenden Planungsbüro einladen und die Planunterlagen vorstellen, die vor den Sommerferien in vollständiger Form vorliegen sollen. Danach würde der Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Stellungnahme aufgefordert werden und die Unterlagen in die politischen Gremien gegeben werden. Der Kreistagsbeschluss aus dem Januar 2023 greife, sobald die Planfeststellungsunterlagen vorlägen und aus diesen hervorginge, dass die Ortsumfahrung nicht um Neu Darchau und Katemin herumführe. In diesem Fall würde die Vertretung von **KBD Stellmann** die Beschlussunterlagen vorbereiten, sodass in politischen Gremien abgestimmt werden könne und ein entsprechendes Schreiben an den Landkreis Lüneburg herausgehen könne. Hieraus solle dann hervorgehen, dass auf Grund des politischen Beschlusses der Landkreis Lüchow-Dannenberg dem Landkreis Lüneburg die Baumaßnahme untersage. Sie weise jedoch daraufhin, dass man nach der rechtsgutachterlichen Einschätzung durch Frau Dr. Conradt-Giese ab diesem Zeitpunkt in Rechtsstreitigkeiten mit dem Landkreis Lüneburg eintreten würde.

KTA Herzog spricht einen Zeitungsartikel an, in dem dargelegt wurde, dass bereits ein großer Teil der Streckenverlaufsplanung abgeschlossen sei. Diese berücksichtige jedoch nicht die Forderungen des Kreistages. Er möchte wissen, ob die Untersagung nicht bereits jetzt schon ausgesprochen werden könne. Seiner Meinung nach solle die Untersagung gemäß dem Kreistagsbeschluss vom 17.01.2023 bereits jetzt durchgeführt werden. Man solle nicht darauf bauen, dass eine neue Landesregierung dies wieder kippe. Des Weiteren erkundigt er sich nach dem Fragenkatalog, welcher an das Land geschickt wurde und in dem es darum ginge: wie das Land die Priorisierung der Fährverbindung rechtlich manifestieren wolle. Er möchte auch wissen, inwieweit die Verwaltung daran arbeite, die Anträge der SPD (Anbindung auf Bereich des Landkreises Lüneburg) und Grünen (Kündigung des Brückenvertrages) aus dem Kreistag umzusetzen.

KBD Stellmann erwidert, dass die Planfeststellungsunterlagen noch nicht in der Kreisverwaltung vorlägen und erst in Gänze erarbeitet sein müssten. Im Nachgang wird der Planungsstand zum Protokoll gegeben. Die Planfeststellungsunterlagen hätten letztendlich einen Umfang von mehreren Aktenordnern. Da der Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht die Planfeststellungsbehörde sei, müsse man abwarten bis diese Unterlagen zur Stellungnahme einträfen. Dann erst könne der Kreistagsbeschluss greifen. Dies habe auch Frau Dr. Conradt-Giese in ihrem Rechtsgutachten dargelegt. Danach könne man den Landkreis Lüneburg einladen, die Planungsunterlagen vorzustellen. In der gleichen Sitzung könne dann das juristische Schreiben vorgelegt werden.

KBD Stellmann resümiert zudem die Historie des Fragenkatalogs und des SPD Antrages, welcher als Resolution zu verstehen sei. Diese seien beide von KBD Stellmann am 24.01.23 nach der Sitzung des Kreistages an die Niedersächsische Staatskanzlei übersandt worden, am 27.02.23 habe KBD Stellmann noch einmal bei der Staatskanzlei um Rückmeldung gebeten. Am 01.03.23 ging eine Rückmeldung der Staatskanzlei mit einer Eingangsbestätigung und einer Weiterleitung des Schreibens an Wirtschaftsminister Olaf Lies ein. Dieser habe am 30.03.23 auf das Schreiben geantwortet. Dieses wurde den Kreistagsabgeordneten am 31.03.23 zugesandt. Damit sei seitens KBD Stellmann der Arbeitsauftrag abgearbeitet.

KTA Herzog merkt an, dass Herr Lies wichtige Fragen in seinem Antwortschreiben offengelassen habe. KBD Stellmann erwidert, dass der Kreistag das Verfahren an sich gezogen habe. Sie könne gern erneut einen weiteren Fragenkatalog an die Staatskanzlei senden.

KTA Dorendorf regt an, dass das Verfahren verwaltungsseitig weiter sauber geführt werde. Mehrfach gleichlautende Anfragen an das Land würden vermutlich nicht zielführend sein. Er merkt an, dass aktuell eine Petition für die Brücke einging, die lokalen Bauern sich für eine Brückenlösung aussprächen und auch die Raumplanung des Landes bis etwa 2027 benötige um zum Thema Brücke im LROP eine Änderung vorzunehmen.

KTA Herzog macht deutlich, dass seines Erachtens nach der Streckenverlauf öffentlich bekannt sei. Er sei unzufrieden mit der Antwort des Landes und des Verhaltens seitens der Verwaltung.

Kenntnis genommen

7.2. Nachnutzung Erkundungsbergwerk Gorleben (mdl. Bericht)

FDL Schwarz berichtet über den Sachstand Nachnutzung des Erkundungsbergwerks Gorleben. Er bezieht sich dabei auf eine E-Mail des Samtgemeinde Bürgermeisters Järnecke.

Dieser habe mitgeteilt, dass die Aufträge zur technischen Machbarkeitsstudie sowie zur rechtlichen Betrachtung im November 2023 erteilt worden seien. Herr Järnecke erwarte erste Zwischenergebnisse Ende des ersten Quartals 2024. Die technische Machbarkeitsstudie bestünde aus drei Bausteinen: einer Potenzialanalyse der geothermischen Grundlagen, einer Bewertung der technischen Realisierbarkeit sowie aus der Untersuchung der wirtschaftlich erzielbaren Ergebnisse einzelner Optionen. Das Rechtsgutachten wird die vorhandene Rechtssituation, insbesondere das geltende Bergrecht beurteilen, die Belange von Natur- und Umweltschutz und das Planungsrecht in den Focus nehmen und diese dann juristisch bewerten.

Ein gemeinsamer Termin mit der BGE konnte bisher nicht gefunden werden. Mit der AVACON AG sei man hinsichtlich der Stromanbindung im Gespräch. Es solle hier eine neue Stromtrasse nach Lüchow geführt werden. Erste Gespräche zum Thema Waldumwandlung hätten ebenfalls stattgefunden.

Im Zusammenhang mit den Gutachten sei die Kreisverwaltung jedoch noch nicht konkret um Unterstützung gebeten worden. Daher an dieser Stelle nur eine kurze Wiedergabe der Informationen der SG Gartow.

KTA Herzog merkt an, dass niemand von der Verwaltung in der Sitzung in Gartow anwesend gewesen wäre und die Diskussionen hätte verfolgen können. Die Kreisverwaltung sollte laut Beschluss dieses Projekt jedoch eng begleiten.

KBD Stellmann entgegnet, dass man nur Termine wahrnehmen könne zu denen man auch eingeladen sei. Die Verwaltung sei eingebunden worden in Gespräche zur Waldumwandlung und war auch bei der Besprechung in Gorleben vertreten, sowie im Gespräch mit Minister Lies. Die Ergebnisse des Gesprächs zum Thema Waldumwandlung können dem Protokoll beigefügt werden. Der Landkreis werde auch in Zukunft seine Expertise einbringen und sei am Ende auch Genehmigungsbehörde für eine Waldumwandlung.

Ergänzung zum Protokoll:

Wesentliche Ergebnisse des Gesprächs am 20.02.2024 zu einer möglichen Waldumwandlung:
Es bedarf einer Entscheidung der Obersten Waldbehörde (Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), ob a) das öffentliche Interesse an den erneuerbaren Energien im vorliegenden Fall höher zu bewerten wäre als das öffentliche Interesse am Walderhalt (§ 8 NWaldLG), da eine Waldumwandlungsgenehmigung nur im überwiegend öffentlichen Interesse genehmigt werden dürfte und ob b) im vorliegenden Fall auf die laut NWaldLG vorgeschriebene Ersatzaufforstung im Verhältnis von mindestens 1:1 verzichtet werden dürfte, zugunsten einer walddrechtlichen Kompensation, die ausschließlich mittels waldbaulichen Maßnahmen zur Aufwertung des Naturhaushaltes in den bestehenden Waldbeständen erfolgen würde.

Um diese Fragen zügig klären zu können, möchte Herr von Konz der unteren Waldbehörde in Kürze eine aktuelle Zusammenfassung des Vorhabens übermitteln, damit diese von der unteren Waldbehörde an die oberste Waldbehörde zur Klärung weitergereicht werden kann. Diese Unterlagen liegen noch nicht vor.

Kenntnis genommen

Vorsitzender Siemke bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

gez. Siemke

Vorsitzender

gez. Magiera

Protokollführung